

Allgemeine Mandatsbedingungen

Die Übernahme von Mandaten durch die

Rechtsanwaltssozietät Dr. Gundula Weitzberg & Christian Weitzberg

Puschkinallee 6d, 2435 Berlin

Email: mail@kanzlei-weitzberg.de

Telefon: +49 (0)30 – 4416202

Fax: +49 (0)30 – 44059771

erfolgt zu den Bedingungen unserer nachstehenden Allgemeinen Mandatsbedingungen. Sie bilden die rechtliche Grundlage unserer Beauftragung.

Pflichten der Rechtsanwälte

Wir werden die Rechtssache sorgfältig prüfen, Sie über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und Ihre Interessen gegenüber Dritten zunächst außergerichtlich vertreten.

Die im Rahmen der Mandatsbearbeitung von uns zu leistende Rechtsberatung bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland, sie umfasst keine steuerrechtliche Beratung. Etwaige steuerliche Auswirkungen haben Sie durch fachkundige Dritte (z.B. Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) auf eigene Veranlassung klären zu lassen und etwaige Gestaltungsanforderungen uns mitzuteilen. Sofern die Rechtssache ausländisches Recht berührt, weisen wir hierauf rechtzeitig hin.

Wir sind berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was uns im Rahmen des Mandats durch den Mandanten anvertraut oder sonst bekannt wird. Insoweit steht uns grundsätzlich ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Über das Bestehen eines Mandats und Informationen im Zusammenhang mit dem Mandat dürfen wir uns gegenüber Dritten, insbesondere Behörden, grundsätzlich nur äußern, wenn Sie uns vorher von unserer Schweigepflicht entbunden hat.

Vergütung

Unsere Vergütung bemisst sich nach dem mit der Mandatsbearbeitung verbundenen Zeitaufwand. Für das Mandat wird ein Stundenhonorar vereinbart. Das Honorar beträgt pro Stunde 220,00 Euro. Für Wege- und Reisezeiten beträgt das Honorar pro Stunde 50,00 Euro. Die Abrechnung erfolgt nach Zeittakten von 6 Minuten (0,1 Stunde). Es wird für jede angefangenen 6 Minuten (1/10 des Stundensatzes) abgerechnet.

Etwaige Auslagen (z.B. Kopierkosten, Kosten für Post und Telefon, Kosten für Recherchen in Fachdatenbanken, Reisekosten, Tage- und Abwesenheitsgeld und die gesetzliche Umsatzsteuer) sind mit den vereinbarten Honoraren nicht abgegolten und werden zusätzlich nach den gesetzlichen Vorschriften abrechnet.

Als Mindestvergütung wird die gesetzliche Vergütung nach dem RVG vereinbart. Die Berechnung der gesetzlichen Gebühren richtet sich nach dem Gegenstandswert, welcher sich grundsätzlich nach dem wirtschaftlichen Interesse des Mandanten bemisst. In arbeitsrechtlichen Angelegenheiten findet der Streitwertkatalog für die Arbeitsgerichtsbarkeit Anwendung, der für Bestandsstreitigkeiten das wirtschaftliche Interesse mit einem Vierteljahresbruttoverdienst bemisst.

Sie sind verpflichtet, auf Anforderung angemessene Vorschüsse und spätestens nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung zu bezahlen. Die Rechnungen sind jeweils binnen 14 Tagen ab Rechnungsstellung zur Zahlung fällig. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen. Sie treten hiermit sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe unserer Honorarforderung an uns ab. Wir nehmen die Abtretung an. Wir sind berechtigt, eingehende Zahlungen auf offene Honorarforderungen, auch aus anderen Angelegenheiten, zu verrechnen.

Soweit wir auch beauftragt sind, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung zu führen, werden wir von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung

ausdrücklich befreit. In diesem Fall der Mitteilung einer Rechtsschutzversicherung versichern Sie, dass der Versicherungsvertrag mit der Rechtsschutzversicherung weiterhin besteht, keine Beitragsrückstände vorliegen und in gleicher Angelegenheit keine anderen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte beauftragt sind. Für den mit der Kommunikation mit der Rechtsschutzversicherung verbundenen Aufwand erheben wir eine Pauschale in Höhe von 50,00 Euro.

Gebührenhinweis

Unsere Vergütungsvereinbarung weicht von den gesetzlichen Gebühren des RVG ab. Die vereinbarten Honorare können die gesetzlichen Gebühren übersteigen. Sie werden deshalb darauf hingewiesen, dass die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung zu erstatten hat.

Wir weisen darauf hin, dass in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten gemäß § 12a ArbGG kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten besteht. Sie können daher gegenüber der Gegenseite auch im Fall des Obsiegens keine Erstattung der durch unsere Beauftragung entstandenen Kosten verlangen.

Auf unserer Internetseite ist in der Rubrik Kosten ein RVG-Rechner verlinkt, mit dem Sie die Höhe der gesetzlichen Gebühren und Kosten leicht selbst nachvollziehen können. Sollten Sie Fragen zur konkreten Rechnung Berechnung der Gebühren haben, sprechen Sie uns bitte an. Transparenz bei den Kosten ist uns wichtig.

Datenverarbeitung

Im Rahmen des Mandats erheben, speichern und verarbeiten wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten

dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an mail@kanzlei-weitzberg.de.

Bitte unterrichten Sie uns, wenn Sie ihre Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechseln oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar sind.

Wir weisen darauf hin, dass unsere Handakten bis auf den Kostenteil und etwaige Titel nach Ablauf sechsten Jahres nach Beendigung des Mandats (§ 50 Abs. 2 S. 1 BRAO) vernichtet werden, sofern Sie diese Akten nicht in der Kanzlei vorher abholen. Im Übrigen gilt § 50 Abs. 2 S. 2 BRAO.

Soweit Sie uns einen Telefaxanschluss mitteilen, erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Ihnen ohne Einschränkung über dieses Telefax mandatsbezogene Informationen zusenden. Gleiches gilt für die mitgeteilte E-Mailadresse. Ihnen ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails kein Schutz gegen die Wahrnehmung des Inhaltes durch Dritte besteht. Wir bieten Ihnen deshalb unseren Service „WebAkte“ an, mit dem Sie besonders geschützte Server verschlüsselt Dokumente an uns übersenden können. Sobald wir Ihnen auf diesem Weg ein Dokument übermitteln, werden Sie hierüber unter der von Ihnen angegebenen E-Mailadresse benachrichtigt. Bitte wählen Sie ein sicheres Passwort und behandeln es vertraulich, damit keinen unbefugten Zugriff auf die Mandantenkorrespondenz erlangen können.

Widerruf für Verbraucher bei Fernabsatzverträgen

Für Mandanten, welche als natürliche Person Rechtsgeschäfte zu einem Zweck abschließen, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann, gilt für Verträge, welche unter ausschließlicher Nutzung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen werden, folgendes

Widerrufsrecht

Der Verbraucher kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung der Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie der Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an:

Rechtsanwaltssozietät Dr. Gundula Weitzberg & Christian Weitzberg
Puschkinallee 6d, 2435 Berlin
Email: mail@kanzlei-weitzberg.de
Telefon: +49 (0)30 – 4416202
Fax: +49 (0)30 – 44059771

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. Können Sie die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie insoweit ggf. Wertersatz leisten. Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung seiner Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Hinweis zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts:

Das Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht ist und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen wurde, nachdem der Mandant dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat.

Geltung dieser Bedingungen für künftige Mandate

Die vorstehenden Mandatsbedingungen gelten auch für künftige Mandate, soweit nichts Entgegenstehendes schriftlich vereinbart wird.

Schlussbestimmungen

Die Rechtsunwirksamkeit einer Bestimmung der Allgemeinen Mandatsbedingungen berührt die Rechtswirksamkeit der anderen Vertragsteile nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die ihr im wirtschaftlichen Ergebnis am nächsten kommt und dem Vertragszweck am besten entspricht.

Stand 01.04.2023